

p.B.15.21.Su.(4):
 p.B.15.21.Fi.(2): B 17. FEB. 72

Aufzeichnung über den Besuch Generalsekretär Thalmanns
 in Stockholm und Helsinki

I. Gespräch mit dem schwedischen Generalsekretär am 24.1.72
 Teilnehmer siehe Beilage 1

(1) Zusammenarbeit zwischen den Neutralen

Der Auffassung von Generalsekretär Thalmann, wonach zwar ein Zusammengehen der europäischen Neutralen "aus gleicher Philosophie heraus" natürlich erscheint, einer solchen Zusammenarbeit aber Grenzen gesetzt sind, pflichten die schwedischen Gesprächspartner bei. Die Neutralitätspolitik der vier Länder wird durch Faktoren bestimmt, die für jedes verschieden sind. Jeder Neutrale soll seine Handlungsfreiheit behalten, und es soll nicht zu einer Blockbildung kommen. Keine Institutionalisierung also, aber Zusammenarbeit nach Bedürfnis, d.h. immer dann, wenn dadurch gleichgelagerte Interessen mit mehr Gewicht vertreten werden können.

(2) Sicherheitskonferenz

p.B.72.9.15.1. Die Schweden sind an Entspannung interessiert, schätzen aber die echten Möglichkeiten, dazu zu kommen, ebenso nüchtern ein wie wir.

- a) Auch die Schweden rechnen damit, dass die eigentliche Konferenz erst 1973 abgehalten wird. Nach Unterzeichnung der Berlinvereinbarung im Sommer dürften die multilateralen Vorarbeiten fünf bis sechs Monate in Anspruch nehmen. Bei längerer Dauer dieser Vorbesprechungen besteht die Möglichkeit, dass evtl. im gleichen Zeitraum das DDR-Problem eine Lösung finden wird, was von Vorteil wäre. Der Osten tritt allerdings für eine möglichst kurze Vorbereitungszeit ein.
- b) Es besteht Uebereinstimmung, dass die multilaterale Vorbereitung von den in Helsinki residierenden Botschaftern bestritten werden sollte, obwohl gewisse Oststaaten schon mit Vizeministern aufrücken möchten.

- c) Betreffend Konferenzort sind auch die Schweden der Meinung, dass die Neutralen eine gewisse Solidarität bekunden und die Sache Finnland überlassen sollten. Schweden erhebt jedenfalls keinerlei Ansprüche (offenbar genügend Sorgen mit Umweltkonferenz).
- d) Bezüglich des finnische-seits vorgeschlagenen Parlamentarier-treffens nimmt das schwedische Aussenministerium den gleichen Standpunkt ein wie wir. Der Reichstagspräsident möchte ablehnen.
- e) Generalsekretär Thalmann umreisst die schweizerische Haltung zur Substanz der Konferenz; Bundesrat hat noch keine Beschlüsse gefasst. Mit Bezug auf die Tagesordnung bestehen keine klaren Vorstellungen, doch aktive Teilnahme der Schweiz ohne Illusionen. Wenn man den bekannten Themen auf den Grund geht, kann nicht viel heraus schauen. Breschnew-Doktrin wird bleiben. Wirklich freier Austausch von Ideen und Personen wird vom Osten schwerlich akzeptiert. Skepsis ist auch mit Bezug auf Möglichkeiten der Intensivierung des wirtschaftlichen Austausches am Platze. Der Westen muss daher seiner-seits viel fordern. Die Schweiz will sich insbesondere auf Frage der Schaffung schiedsgerichtlicher Mechanismen konzentrieren. Aus all diesen Gründen ist es notwendig, dass der Westen die multilateralen Vorbereitungsgespräche ausgiebig nützt, um die notwendigen Klärungen herbeizuführen. Die Schwierigkeiten, welche einer erfolgreichen Konferenz entgegen stehen, werden dann zutage treten.

Schwedische-seits werden diese Auffassungen weitgehend geteilt. Man muss jedoch sorgfältig abklären, was drin ist. Schweden möchte sich z.Zt. jedoch nicht allzu sehr auf konkrete Standpunkte festlegen. Man überlegt sich, welche Ziele als erreichbar erscheinen, ev. auf dem Wirtschaftssektor. Grundsätzlich ist man an Entspannung interessiert und glaubt, etwas beitragen zu können. Es ist im übrigen klar, dass die Sowjetunion Entspannung im Westen, aber erhöhte Disziplin im eigenen Lager anstrebt. Ursprüngliche

Ziele des Ostens sind schon überholt, z.B. die Frage der Anerkennung der Grenzen.

Es besteht Uebereinstimmung darüber, dass die Satellitenstaaten mehr Interesse an der Vorbereitungsphase haben, wo sie eine gewisse Narrenfreiheit geniessen, als an der Konferenz selbst, wo sie von Moskau zweifellos wieder in den Griff genommen werden dürften.

- f) Botschafter Bindschedler erläutert den schweizerischen Vorschlag betr. schiedgerichtliche Mechanismen und übergibt unsere Dokumentation dazu. Illusionen geben wir uns auch hier nicht hin, aber es wird sich anhand dieses Themas jedenfalls zeigen, wie weit es dem Osten ernst ist mit der Entspannung. Wir werden auch Oesterreich mit unserer Idee vertraut machen. Finnland dürfte wegen seiner besonderen Situation weniger geneigt und geeignet sein mitzuwirken. Andererseits haben sich auch Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Italien interessiert für unser Anliegen. Die Frage scheint aber in besonderer Weise den Neutralen eine Möglichkeit zu bieten, eine aktive Rolle zu spielen.

Die schwedischen Gesprächspartner nehmen grundsätzlich zu dieser Frage eine positive Haltung ein. Es liegt in der schwedischen Tradition, sich für die Schaffung solcher Mechanismen für die friedliche Streiterledigung einzusetzen. Die Schweden wissen aber auch, welches die Hindernisse sind, die sich oft einer Verwirklichung entgegenstellen, insbesondere das Fehlen einer gemeinsamen Rechtsgrundlage. Für die Sowjetunion wird es hart sein, darauf einzutreten; doch gibt es Gebiete, wo dies geschehen ist. Man müsste sorgfältig abklären, wie weit zu gehen die UdSSR bereit ist, wobei in politischen Fragen ihre Empfindlichkeit besonders hoch einzuschätzen ist. Der Vorschlag, der ihr zu unterbreiten wäre, sollte daher nicht zu "elaborate" sein. Man muss ihr aber auch nicht zu wenig vorschlagen. Im Westen bestehen sowohl für rechtliche als auch für politische Streitigkeiten solche

- 4 -

Mechanismen, die als Beispiel gebraucht werden könnten. Man sollte versuchen zu vermeiden, dass ein Vorschlag vom Westen gebilligt, vom Osten aber abgelehnt wird. Die Frage ist, ob Schweden den schweizerischen Vorschlag nur unterstützen oder ihn gemeinsam mit der Schweiz vorbringen soll. Es wird vorgeschlagen, dass die beiden Rechtsberater die Frage in weiteren Besprechungen vertiefen sollen, wobei auch die Oesterreicher ihren Beitrag leisten könnten. Der Vorschlag muss in einer Art und Weise gemacht werden, dass er sowohl im Westen als auch im Osten auf Interesse stossen kann. Sondierungen auch im Osten erscheinen den Schweden sehr angezeigt, doch sollten vorgängig festere Pläne bestehen.

(3) MBFR p.B. 72.9.15.2.

Das Sicherheitsproblem impliziert auch eine Erörterung der Truppenfrage, aber die Situation (bzw. die russische Haltung) ist noch sehr unklar. Es handelt sich auch um ein Problem, das zwischen den beiden Blöcken ausgehandelt werden wird, wobei die Neutralen aber die Konsequenzen zu tragen haben. Für die Schweden ist die Auswirkung auf die Flanken im Norden und Süden, die sich aus einer Kräfte- und Reduktion in Mitteleuropa ergeben würde, von Wichtigkeit. Was die Uebernahme allfälliger Kontrollfunktionen durch die Neutralen anbetrifft, so möchten die Schweden nicht vorprellen, sondern sich bitten lassen.

(4) Geteilte Staaten

a) Nordvietnam p.B. 15.11.1971.

Die Schweden erklären, dass ihre Vertretung in Hanoi wertvoll ist für die Behandlung humanitärer Fragen. Hingegen ist sie in politischer Hinsicht nicht ergiebig. Schweden habe leichten Zugang zu den massgeblichen Leuten in Hanoi. Dank dem in der Anerkennungsfrage erzielten Vorsprung und dank der Unterstützung der Sache Nordvietnams und des FLP u.a. auch in der UNO (Kriegsmethoden der Amerikaner) habe Schweden in Hanoi ein gewisses "standing". Dies gelte auch für Frankreich. Was die Beziehungen zur Schweiz anbetreffe, so sei man in

- 5 -

Hanoi offenbar etwas überrascht gewesen, dass wir nach einem längeren Unterbruch in den Kontakten plötzlich zur Anerkennung geschritten seien. Dass wir dabei unsere humanitären und Vermittlungsideen in den Vordergrund gestellt hätten, habe Misstrauen erweckt. Die Bemühungen des Roten Kreuzes, in Nordvietnam aktiv zu werden, hätten auch etwas damit zu tun. Hanoi widersetze sich einer Erörterung des Kriegsgefangenenproblems. Solange der Krieg andauere, sei hier nicht viel auszurichten. Man könne aber gleichwohl feststellen, dass Hanoi an Kontakten mit dem Westen stark interessiert sei.

Schweden hat nun einen residierenden Botschafter in Hanoi und ein nordvietnamesischer Botschafter residiert in Stockholm.

- b) DDR p.B. 15.11. A. 2. (1)
- Schweden, wo die DDR eine Handelskammervvertretung (von DDR einseitig als Handelsmission bezeichnet) unterhält, möchte eine private Handelsvertretung in Berlin unterhalten. Diesbezügliche Verhandlungen sind steckengeblieben, weil die DDR plötzlich ein staatliches Abkommen zugrunde legen wollte. Eine Aenderung der gegenwärtigen schwedischen Zurückhaltung ist nicht zu erwarten, solange die Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow im Gang. Man will nicht stören. Der Eintritt beider Deutschland in die UNO würde alles erleichtern; dies kann aber noch lange dauern.

- c) Nordkorea p.B. 15.11. Coreé. 1
- Der Plan der gleichzeitigen Anerkennung Nordkoreas durch Schweden und die Schweiz sowie Südkoreas durch die CSSR und Polen muss nach schwedischer Auffassung zurückgestellt werden, da die Rotkreuzgespräche zwischen den beiden Korea inzwischen nicht sehr weit gekommen sind. Auf diese hatte Schweden gewisse Hoffnungen gesetzt. Auch hat der südkoreanische Präsident den Vorschlag U Thants betr. Aufnahme aller geteilten Staaten in die UNC zurückgewiesen. Dazu kommt die kürzliche Bestätigung der "Hallsteindoktrin" durch das südkoreanische Parlament. Der Plan kann evtl. später wieder aufgenommen werden.

p.B.15.21.Fi.(2)
p.B.15.21.Su.(4)

- 6 -

II. Gespräch mit dem finnischen Staatssekretär am 25.1.72

Teilnehmer siehe Beilage 2

(1) Zusammenarbeit zwischen den Neutralen

Generalsekretär Thalmann entwickelt dieses Thema in gleicher Weise wie den Schweden gegenüber. Auch die Finnen sind für pragmatisches "uncommitted" Vorgehen.

(2) Sicherheitskonferenz

a) Zeitpunkt

Nach finnischer Auffassung können die multilateralen Vorgespräche nach Ratifikation der deutschen Ostverträge und nach der definitiven Unterzeichnung der Berlinvereinbarungen starten. Die eigentliche Konferenz dürfte aber erst 1973 zustandekommen, obwohl die Sowjetunion und Frankreich diese schon für 1972 ins Auge fassen. Bis im Herbst, d.h. bis zum Beginn der multilateralen Gespräche können die bilateralen Meinungs austausche weitergehen, wobei die Finnen offenbar noch immer an die Möglichkeit einer Erneuerung der Mission Botschafter Enckells denken. Finnland hat als Gastgeberland eine Doppelrolle zu spielen und will sich daher bis zur Bestellung einer finnischen Delegation nicht verbindlich zu materiellen Fragen äussern.

b) Konferenzort

Die Finnen glauben nicht, dass mit der Publikation der Zuzschrift eines österreichischen Professors in der "Prawda", wo u.a. Wien als Konferenzort vorgeschlagen wurde, die Russen irgendwelche Zweifel mit Bezug auf Helsinki zum Ausdruck bringen wollten. Die Prawda habe dazu ja nicht Stellung genommen, und aus kürzlichen Gesprächen mit den Russen ergab sich, dass dort nach wie vor Helsinki akzeptiert werde.

- 7 -

Finnischerseits sind die technischen Vorarbeiten sowohl inbezug auf die multilateralen Vorgespräche wie auch inbezug auf die eigentliche Konferenz an die Hand genommen worden. Die technische Seite wird von Botschafter Pekuri betreut. Die multilateralen Vorgespräche sollen in einer Studentenaula der technischen Hochschule und die eigentliche Konferenz im Finlandia House (grosses modernes Konzertgebäude) stattfinden. Betreffend Konferenzadministration inkl. Uebersetzung wird mit der UNO in Genf zusammengearbeitet, da Finnland nicht über genügend Hilfskräfte verfügt. 600 Hotelräume stehen in Helsinki zur Verfügung, die Kapazität kann noch erweitert werden. Die Finanzierung exkl. Hotelunterkunft erfolgt durch die finnische Regierung.

c) Was die Delegationsführer an den Vorgesprächen anbetrifft, so hat Finnland an die residierenden Botschafter unter Zuzug evtl. von Experten gedacht. Die Vorkonferenz wird dann über Teilnehmerliste und Ranghöhe der Vertretungen an der eigentlichen Konferenz zu bestimmen haben. Für die "Rules of procedure" wollen sich die Finnen an das UN-Muster halten.

d) Parlamentariertreffen

Der Vorschlag ging vom Parlament aus (offenbar inspiriert durch Initiative der Interparlamentarischen Union), und nicht von der Regierung. Die meisten Reaktionen aus dem Ausland scheinen jedoch negativ zu sein. Nachdem vorgesehen war, dass nur mit Zustimmung aller Interessierten ein solches Treffen organisiert werden soll, wird die Sache wohl ins Wasser fallen. Die finnische Regierung will aber keinen Einfluss auf die Angelegenheit nehmen. Möglicherweise wird das neue Parlament einen negativen Entscheid fällen.

e) Traktandenliste der Konferenz

Diese komplizierte Frage müsste in den bilateralen und multilateralen Vorgesprächen noch vertieft werden. Evtl.

- 8 -

könnte dies durch eine neue Mission Enckell bewerkstelligt werden; die finnischen Behörden haben jedoch keine konkreten Pläne in dieser Richtung.

Generalsekretär Thalmann erläutert, wie gegenüber den Schweden, unsere grundsätzliche Haltung zur Sicherheitskonferenz. Wäre es möglich, einmal eine Muster-Agenda aufzustellen?

Es zeigt sich, dass die Finnen nicht sehr viel Konkretes zu diesem Thema bieten können oder wollen. Wie schon Enckell uns erklärt hatte, geht man davon aus, dass nicht alles auf einmal erreicht werden kann, und dass zunächst dort vorgestossen werden sollte, wo ein allgemeiner Consensus festzustellen ist, selbst wenn es sich dabei um weniger wichtige Fragen handeln sollte.

Botschafter Bindschedler erklärt dann, wie den Schweden, dass wir das Arbitrage-Problem aufgreifen und auf die Traktandenliste setzen wollen (den Finnen wird aber das entsprechende schweizerische Dokument nicht überreicht, da von ihnen jedenfalls in der Vorphase nicht mit Unterstützung gerechnet werden kann). Die Finnen werden auch über die schwedische Haltung zu dieser Frage unterrichtet. Ihre Reaktion geht dahin, dass es sich um ein Problem handle, das sehr eng mit der Rolle verbunden sei, welche die Schweiz auf internationaler Ebene spiele. Finnischerseits habe man viel Sympathie für diese Gedanken, könne aber als Gastgeberland im Augenblick nicht dafür oder dagegen Stellung nehmen. Sobald einmal eine finnische Delegation zur Teilnahme an der Konferenz bestellt sein werde, sei es sehr wahrscheinlich, dass sie uns "wholeheartedly" unterstützen könne.

(3) Geteilte Staatena) Nordvietnam

Auch Finnland schwebt die absolute Gleichbehandlung beider Teile vor; Entscheidungen sind aber noch nicht gefallen. Zur Zeit wird über die Haltung Saigons, Hanois und des Gouvernement Provisoire durch die zuständigen finnischen Botschafter sondiert, auch in Paris. In diesen Tagen wird sich auch der finnische Botschafter in Peking nach Hanoi begeben.

b) DDR

Währenddem die DDR bereit^{ist}, über den bekannten finnischen Vorschlag zu diskutieren, sträubt sich Bonn dagegen. Die Finnen werden versuchen, den Parallelismus solange als möglich aufrechtzuerhalten, ein schliesslich einseitiges Vorgehen gegenüber der DDR ist aber nicht auszuschliessen.

c) Nordkorea

Eine nordkoreanische Handelsmission hat sich in Helsinki etabliert. Das Gleiche will nun auch der Süden tun.

(4) Rotkreuzkonferenz

Finnen sind zur Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung des humanitären Rechts bereit. Sie sind sich aber noch nicht im klaren darüber, ob eine neue diplomatische Konferenz wirklich nützliche Arbeit leisten kann, doch wurde das Problem noch nicht eingehend geprüft.

Urens

2. Beilagen

geht an die Herren Bundesrat Graber
Generalsekretär Thalmann
Botschafter Bindschedler
Botschafter Keller
Botschafter Janner
Botschafter Natural (3)

Botschafter René Faessler, Stockholm
Botschafter Samuel Campiche, Helsinki
Politischer Dienst Ost (3)

Beilage 1Teilnehmer am Gespräch in Stockholm vom 24.1.72Schweizerischerseits:

HH. Botschafter Ernesto Thalmann, Generalsekretär EPD
Botschafter Rudolf Bindschedler, Rechtsberater EPD
Minister Hans Miesch, stellvertr. Abteilungschef EPD
Botschafter René Faessler, Schweiz. Botschaft Stockholm
Attaché Willy Hold, do.

Schwedischerseits:

HH. Botschafter O. Jödahl, Generalsekretär
Botschafter Graf W. Wachtmeister, Direktor der Polit.
Angelegenheiten
Direktor (Botschafter) H. Blix, Rechtsberater des
Ministeriums
Botschafter A. Edelstam, Chef der 2. Abteilung der
Politischen Angelegenheiten (Länder Westeuropas,
Afrika, Amerika, Asien, exkl. China)
K. Falkman, Sektionschef (Sekretär der Gruppe für
Zusammenarbeit im Ministerium für die
Europäische Sicherheitskonferenz)
H. Wilkens, Sektionschef in der 2. Abteilung für
Politische Angelegenheiten

Beilage 2Teilnehmer am Gespräch in Helsinki vom 25.1.72Schweizerischerseits:

HH. Botschafter Ernesto Thalmann, Generalsekretär EPD
Botschafter Rudolf Bindschedler, Rechtsberater EPD
Minister Hans Miesch, stellvertr. Abteilungschef EPD
Botschafter Samuel Campiche, Schweiz. Botschaft Helsinki
Botschaftssekretär Curt Vannini, do.

Finnischerseits:

HH. Richard Töttermann, Staatssekretär
Rsto Hyvärinen, Minister Direktor der Politischen
Angelegenheiten
Ake Wihtol, Vizedirektor
Jöl Pekuri, Spezialberater der technischen Organisation
für die Europäische Sicherheitskonferenz
Keijo Korhontion, stellvertr. Direktor
Antti Karppinen, Sektionschef
Paavo Keisalo, Sektionssekretär
René Nyberg, Attaché